

# SPD Sachsens rettete den Kreuzer B

## Gradnauer war abkommandiert — so kam die Mehrheit zustande

Am 16. April beschloß bekanntlich der Reichstag mit Einstimmigkeit von 29:29 die Rote von 2,9 Millionen RM für den Bau des Panzerkreuzers B in den Etat einzulegen. Für den Panzerkreuzer B stimmten neben Cürstjens, Brandenburg, Kommer, Schleswig-Holstein, Hannover und der Rheinprovinz auch Sachsen. Wegen es die Arbeiter wissen, die SPD hat im Reichstag ebenso wie bei den Abstimmungen gegen die Brüning-Regierung im Reichstag Abstimmungen vorgenommen, um den Bau des Panzerkreuzers B sicherzustellen.

Der sozialdemokratische Vertreter Sachsens, Gradnauer, nahm nicht an der Abstimmung teil.

In seiner Zelle stimmte ein Deutschnationaler, natürlich für den Panzerkreuzer B und verhalf somit zur Einstimmigkeit. Um so mehr ist es zu beklagen, daß die SPD nicht wieder mit dem Schwindeln kommen, Gradnauer war krank und entschuldigend abwesend. Die Leipziger Volkszeitung, die es ja wissen mußte, nicht sozialistisch, das Sachsen für den Panzerkreuzer gestimmt habe. Das gleiche tut das Sächsische Volksblatt und die übrigen SPD-Presse im Reich, einschließlich des Vorwärts. Kein Wort findet es für nötig, darauf aufmerksam zu machen, daß gerade die maßgebenden sozialdemokratischen Stimmen fehlten. Das Berliner Tageblatt listet den Schleiter, man es nicht ohne die Tatsache angibt. Es schreibt:

„Tabei (bei der Reichstagsabstimmung) haben eine Reihe von Anträgen teilgenommen. Da der sozialdemokratische Vertreter von Sachsen verhindert war, gab ein deutschnationaler Stellvertreter den Ausschlag.“

Die größte Kühnheit aber bezeugt die „Linke“ Chemnitzer Volksstimme, die zu schreiben magt: „Sachsen markiert mit der Reaktion!“ Wahrscheinlich nicht ein Wort der Erklärung, warum Sachsen für den Panzerkreuzer stimmte.

Der Gradnauer ist der Mann, der sich abkommandiert hat, ein würdevoller Abkommandierter für das neue Schlachtschiff B, jenseits von Reich und Partei, ein treuer Freund der Arbeiter, der immer die Spaltung mit den Sozialisten zu verhindern bemüht war. Einer der vielen Sozialdemokraten, die sich während des Weltkrieges durch besonders staunenswürdiges Verhalten das Lob der imperialistischen Massenmedien auf höchste Ebene erwarben. Der Mann, der heute ein Parasitenpaar in

Berlin führt, als „sächsischer Gesandter“, der seine freie Zeit, die durch keinerlei Arbeit unterbrochen wird, damit verbringt, auf die Bänke der Bourgeoisie zu gehen und von Sanftmut zu Sanftmut zu rufen. Was wunder, daß der Mann bei seiner so anstrengenden und zeitraubenden Tätigkeit verhindert war, an einer so wichtigen Reichstagsabstimmung teilzunehmen.

Die Arbeiter werden nicht vergessen: Die SPD trägt nicht nur die volle Verantwortung für den neuen Panzerkreuzer, weil sie das Schiff A baute, weil sie Groener 40 Millionen RM mehr für seinen Reichswehrstat schenkte, wodurch er auch ruhig ohne besondere Bewilligung hätte bauen können. Sie trägt die unmittelbare Verantwortung besonders deshalb, weil sie durch die Abkommandierung Gradnauers den Ausschlag für den sofortigen Bau gegeben hat.

## Noch 279 Millionen Mark für Heeresetat in Reserve

Sie wird nicht gesperrt — Kleinsummen für noch „vorbehaltene“ Zwecke — Der Etat stammt vom SPD-Mitglied

Berlin, 28. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die „Welt am Montag“ bringt von „ununterrichteter Seite“ folgende Meldung: „Der Panzerkreuzer B ist nicht die einzige Ueberhöhung, die die Abgeordneten am 2. Mai im Etat vorbringen werden. Um auf die Tragweite der diesjährigen Bewilligungen aufmerksam zu machen: An einmaligen Ausgaben für den Heer 31 Millionen Mark, das sind 10 Millionen Mark mehr als 1929. Außerdem sind in den 96 Titeln dieses Kapitels noch 126 Millionen Mark „vorbehalten“, d. h. der Reichstag legt sich für später auf diese Ausgaben fest, darunter sind 31 Millionen für neue Flugzeuganlagen. Die Reichsmarine fordert 42 Millionen Mark einmalige Ausgaben, das sind 3 Millionen Mark mehr als 1929. Die außerdem vorbehaltenen Forderungen der Marine betragen 78 Millionen Mark, wovon man den Panzerkreuzer B mit rund 80 Millionen Mark schlagen muß. Alles in allem liegen 279 Millionen Mark außer den laufenden Ausgaben fest.“

## Fälscherstud entlarvt

### Die Wahrheit über die kommunistischen „Störungsgruppe“ am 1. Mai

Ihre Verbrechen zu verteidigen am 1. Mai züchtigen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern blutige Zusammenstöße herbei zu führen, veröffentlichte die SPD-Presse vor einigen Tagen ein angebliches Rundschreiben der SPD-Zentrale vom 10. April, das den „Einsatz von Störungsgruppen“ gegen die SPD-Lüge am 1. Mai befiehlt. Dieses gemeine Fälscherstud hat jetzt eine sensationelle Aufführung gefunden.

Am 22. April, dem Dienstag nach Ostern, brachte das sozialdemokratische Organ für Elben, die „Volksmacht“, in ihrem lokalen Teil die erbärmliche Lüge von den kommunistischen Störungsgruppen gegen die SPD-Demonstration.

Zwei Tage später, am 24. April, griff der Abend „Vorwärts“ die Sache auf, um nach den Methoden Künsters vom Mai 1929 „zentrale Anweisungen“ der SPD daraus zu machen.

Am 25. April brachte die „Leipziger Volkszeitung“ an der Spitze ihrer Ausgabe unter fetten Balkenüberschriften: „Störungsgruppe am 1. Mai, zentrale Anweisungen der SPD“ das gefälschte Dokument ab und brachte einen Leitartikel, der die SPD-Arbeiter von der „Leitheit“ dieses Dokuments überzeugen sollte und nach Unzufriedenheiten gegen die kommunistische Partei forderte.

Und wieder einen Tag später, am 26. April, benutzte die sächsische Bürgerblockregierung das angeblich kommunistische, in Wirklichkeit von der SPD verfaßte Rundschreiben, um die Demonstration am Weiskampff der Arbeiterkassen zu verbieten.

Sieht da nicht jeder Arbeiter klar, wie sich SPD und Bürgerblock gegenseitig die Lüge zuwerfen?

## So schwindeln sie!

Die „linke“ sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung erreicht den Gipfelpunkt ihrer Heise. Zum Demonstrationserbot in Leipzig schreibt sie:

„Die kommunistische Partei hat erklart, daß am Weiskampfftag die Maidemonstration in Leipzig und seiner Umgebung verboten wurden.“

Das schreibt dieselbe Zeitung, deren Parteigenosse Fleißner gemeinsam mit der Bürgerblockregierung das Verbot erlassen hat.

Wir bringen demgegenüber die Ueberschriften des sozialdemokratischen „Sächsischen Volksblatt“ zum Widerwort. Es heißt dort:

„Polizei darf Maidemonstrationen verbieten — Attentat der sächsischen Regierung gegen die Maidemonstration.“

Weil das Demonstrationserbot auch unter den SPD-Arbeitern Empörung auslösen wird, darum fällt das „Sächsische Volksblatt“ den Tatbestand um. Natürlich wird es morgen auch in den Chören der Heher einstimmen.

## Sozialdemokratische Arbeiter erklären:

# „Unsere Führer halfen Brüning in den Gattel!“

Immer höher steigt die Welle der Rebellion unter den SPD-Arbeitern gegen die verwerfliche Politik der Sozialdemokratie. Heber sächsische SPD-Veranstaltungen in Berlin und dem Reich, in denen scharfe Kritik an den sozialdemokratischen Führern durch die SPD-Fraktion geübt wurde, haben wir laufend berichtet. Nun steht sich das Jener sozialdemokratische „Boll“ genügt, unter dem Druck der SPD-Arbeiter einen Brief zu veröffentlichen, der die Ueberschrift trägt: „Tut die Parteileitung an ihre Wähler?“, aus dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Wir wissen, daß bei den Abstimmungen am 12. April im Reichstag 25 Abgeordnete schritten:

„Sie haben der Regierung Brüning in den Gattel geholfen.“

Wir wissen, daß nach der telegraphischen Cinderrung durch die Parteileitung für die entscheidende Abstimmung am Montag dem 14. April mehrere 11 Abgeordnete schritten, darunter nur wenige durch schwere Krankheit entschuldigt; sie haben der „grünen“ Reaktion und dem blutigen Diktatorismus Tür und Tor geöffnet — unsere Türen und unsere Tore!

Wir verlangen, daß in diesem unerhörten Fall von Disziplinlosigkeit die Parteileitung vor den Wählern diejenigen Abgeordneten, deren Verfehlungen nicht durch schwere Krankheit einwandfrei entschuldigt ist, zur Mandatsniederlegung zwingt.

Wir stellen aber auf die besten Programmredner, wenn ihnen der Charakter fehlt, im entscheidenden Augenblick ihre Pflicht zu tun.

Datum verlangen wir, daß die Parteileitung nicht dem Verdacht auskommen lasse, sie werde den

Vertrauensbruch, der bei den letzten Reichstagsabstimmungen an dem wertvollen Volk begangen wurde.“

Zu viel der Mission. Die SPD-Führer denken nicht nur den Vertrauensbruch, sie sind es ja gerade, die gerade genügend SPD-Abgeordnete abkommandiert haben, um der Brüning-Regierung zur Mehrheit zu verhelfen. Ebenso wie sie im Reichstag durch Abkommandierung Gradnauers die Einlegung der 2,9 Millionen für den Bau des Panzerkreuzers B sicherstellten.

— Haben doch unentschuldig bei der Abstimmung gelehrt die SPD-Führer wie

Hermann Müller, Hilferding, Robert Schmidt, Preußens Ministerpräsident Otto Braun, der badische Minister Reumacke, der sächsische Minister Fröhlich a. D., Minister Hermann a. D., Sulzmann, Jäger, Lindbergt, Brahmans (also auch die NSDAP-Führer!) und andere! Wollt ihr von diesen verlangen, daß sie sich selbst absetzen? Nicht Ernennungen, nicht Kritik an den Führern genügt heute mehr. Heute ist es Pflicht jenes christlichen SPD-Arbeiters, der nicht, was möglich ist, genötigt mit den Kommunisten gegen die Bourgeoisie und die sozialdemokratische Führerkaste, die mit ihr auf Gebot und Befehl verbunden ist, zu kämpfen.

## Verbot in Nürnberg und Fürth

Nürnberg, 28. April. (Telefon.)

Wie in Nürnberg und Fürth anlässlich des 1. Mai von der kommunistischen Partei und ihren Hilfsorganisationen einschließlich der sogenannten Gewerkschaftskommission geplanten Veranstaltungen in geschlossenen Räumen wie unter freiem Himmel wurden von der Polizeidirektion verboten.

## Hausdurchsuchungen im Ruhrgebiet

In Besitzbüro der KPD Essen wurde am Freitag eine Hausdurchsuchung nach Verhaftungsbeschlüssen veranlaßt. Die Kriminalpolizei suchte nach lebenden Winteln. Die Hausdurchsuchung blieb ohne Ergebnis.

Bei mehreren Funktionären und Mitgliedern des KPD in Köln wurden ebenfalls Hausdurchsuchungen durchgeführt, ohne Ergebnis. Die Polizei gab keine Auskunft, was sie suchte.

In Hamm wurden alle Gewerkschaften, die aus dem Parteizentrum kamen, polizeilich durchsucht.

## Protest gegen den Arbeitermord

Als Aufruf zu den Protestkundgebungen land in Berlin eine wichtige Protestkundgebung der kommunistischen Partei und

des kommunistischen Jugendverbandes gegen die Statuten der Reichs-Polizei statt. Im Hinblick auf die Kundgebung wurde ein wichtiger Demonstrationsschritt gebildet.

## Der 38. Hochverratsprozess

Am Dienstag dem 29. April, vormittags 9.30 Uhr, verhandelt der 4. Strafsenat beim Reichsgericht gegen die Studenten Johann von Dnd, Berlin-Wilhelmsbagen; Franz Fuchsmann, Berlin; Heinrich Deegenhard, Osnabrück; und gegen den Rechtsanwalt Julius Jiru, München, wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Als Verteidiger fungierten die Rechtsanwälte Dr. Jakob und Kahn für Dnd und Jiru, Genosse Rechtsanwalt Obuch verteidigt die Genossen Deegenhard und Fuchsmann. Für diesen Hochverratsprozess sind mehrere Tage vorgesehen.

## Heimwehfraktionen schlagen Arbeiter

SPD-Gesetz (Dekret). In Rotterdam ist es am Dienstag nach zu schweren Ausschreitungen der Heimatfraktion gekommen. 30 mit Stahlhelmen und Totschlägern ausgerüstete Heimatfraktionler drangen in ein der Firma Vapp gehöriges Arbeiterwohnhaus ein und schlugen die sozialdemokratischen Vertrauensmann Mar Egger nieder. Sie hielten so lange auf ihn ein, bis er bewusstlos zumantel.

Den Bewohnern schleppten sie dann auf die Straße. Sozialdemokratische Vertrauensmänner, die verhaftet wurden, brachten Egger auf die Wache und von dort ins Krankenhaus. In seinem Aufkommen wird gemeldet. Die Gewalttäter, die namentlich bekannt sind, befinden sich noch immer auf freiem Fuß.

## Die indische Aufstandsbewegung wächst

Sombaner Nachzug zur Entgeisterung gebracht

In Madras haben ausländische Hindus das englische Salzwasser gekaut. Truppen mußten zur Wiederherstellung der Ruhe eingesetzt werden, wobei es laut „Morning Post“ sieben Tote und 10 Verletzte gab. In Bombay und Goa ist der Hafenarbeiterstreik ausgebrochen. Der Nachzug zwischen Bombay und Goa wurde durch Streikende zur Entgeisterung gebracht, wobei es 16 Tote gab.

In einem Londoner Bericht über die wachsende Aufstandsbewegung in Indien wird gesagt: Die britische Verwaltung in Indien und die Regierung in London können sich noch nicht darüber klar werden, wie die Fülle der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung mit dem Wunsch in Einklang zu bringen ist, Staatsorgane unter allen Umständen zu vermeiden.

Die Herren Macdonald, Henderson und Clineo stehen vor der Alternative, der sie sich nicht entziehen werden. Die Führer der 2. Internationale die trüben ebenso von dem Blut der Millionen, die durch ihre Politik in den letzten Jahren hingebracht wurden, wie die Bourgeoisie. Die ersten Schritte, die während des Krieges und in der Nachkriegszeit Millionen von Menschenleben vernichteten, sie schreden selbstverleumdlich auch nicht daran zurück, die indischen Revolutionäre in bestialischer Weise zur Wehr zu lösen. Heute werden noch bewunderliche Deklamationen veröffentlicht und morgen wird Macdonalds Soldateska unter dem gegen Rot und Ausbeutung kämpfenden Nationalismus haufen wie die Bandolen.

## Geschlossen für den Zweifrontenkampf

Nach einem Referat des Genossen Schred und ausgiebiger Diskussion über die Notwendigkeit des Kampfes gegen rechts- und linksopportunistische Abweichungen stellen sich die Mitglieder der Gewerkschaften der KPD Baden hinter die Entschließung des 38. für eine klare, leninistische Linie im Kampf um die Eroberung der Mehrheit des Proletariats.

## Heute 20 Uhr Betriebsrätekursus im Saal der IAH, Poppitz 18

## Brandleristen gestehen ihren Bankrott ein

An die Bezirksleitung der KPD Niederrhein gelangte ein Schreiben des ausgeschlossenen Renegaten Fesene. In dem Brief erklärte, daß er sich von der „Brandler-Partei“ getrennt habe. Es heißt wörtlich in diesem Schreiben:

„Der Hauptgrund für die Einstellung meiner Tätigkeit im Sinne der Brandler-Partei ist die Einsicht in ihre parteiunwürdige und objektiv arbeiterfeindliche Wirkung gewesen. Eine Organisation, die ihren Bestand nur aus vermeintlichen, ungeprüften und konstruierten Foklern einer großen Partei herleiten kann, gleicht in Funktion und Wirkung einem Schmarotzer, in jedem Falle aber einem solchen am Blute der revolutionären Arbeiterbewegung.“

Die Bezirksleitung Niederrhein nahm dieses Eingeständnis eines Brandleristen, der in der Vergangenheit zu den mächtigsten Kämpfern der heilswilligen Parteiführung gehörte, zur Kenntnis. Sie erklärt aber gleichzeitig, daß es nicht genügt, ein solches Uppenbekenntnis abzugeben, sondern daß man erst beweisen muß, ob man ernsthaft gemitt ist, die Verschlechte der Partei durchzuführen und revolutionäre Kleinarbeit zu leisten. Zahlreiche Arbeiter, die den Renegaten folgten, haben längst eingesehen, daß sie einen falschen Weg gegangen sind, und sind zur Partei zurückgekehrt. Die Führer dieser Renegatengruppe, die jetzt ihren Bankrott eingestehen, können nicht verlangen, daß man ihre Uppenbekenntnisse ernst nimmt, ihnen gilt noch wie vor scharfster unermüdlicher Kampf.

## Humbug und leere Phrasen, Volksbetrug und Postenjägerei — das ist die NSDAP!

Warum ich aus der NSDAP austrat und Kommunist wurde

Von Willy Schulz, Aachen

Unter Düsseldorfener Bruderblatt veröffentlicht folgende Notiz: Seit dem Jahre 1923 war ich in den Reihen der Nationalsozialisten. Was ich in den fünf Jahren gesehen habe, hat mich zu der Ueberzeugung geführt, daß die „Grundidee“ sowie die ganze Opposition dieser Partei nur Humbug und leere Phrasen sind. Das zeigt erstens das Aufstreben der Redner der Partei. Weder es Schmeer, Ven, Feder oder Hitler selbst sein; eine richtige Rede mit politischem Sinn und Inhalt können diese Leute alle nicht zustande bringen. Es ist nur ein Schimpfen und Tadeln, weil ihre Richtlinien auf Volksbetrug und Volkserniedrigung ausgehen und sie dieses durch solche Reden verheimlichen wollen.

Eine Postenjägerei herrscht in der NSDAP wie sie nirgends zu finden ist. Die NS nennt sich „Arbeiterpartei“, dabei haben sie das Kapital und das Speichbürgertum mitten in ihren Reihen. Oder will vielleicht einer behaupten, daß sich ein General Epp um Arbeiter nennt, oder vielleicht ein Herr Dr. von Dr. Schöner? Nein, es ist das reine Speichbürgertum, Kernerlin ist Hugenberg, der deutsche Finanzmann der NS, und Henry Ford, der Amerikaner, steht ebenfalls den Nationalsozialisten nahe!

Kerner kennt ein Arbeiter und eine Arbeiterpartei keinen Nationalismus, wie ihn die Nazis innerhalb ihrer Bewegung haben. Da gibt es die reinsten Feldbüchleinungen: Nehmen von Drahtverhauen, Bauen von Schanzen um.

Wir fordern das positive Christentum, so sagen die Nazis. Also sie wollen mit anderen Worten die Volkserniedrigung nicht erhalten.

Kommt zur Einsicht, die ihr da noch im Dunkeln der Sklaverei steht, laßt euch nicht zum Narren halten von Schmeer, Ven, Feder und wie die Volksbetrüger alle heißen mögen.

Es braucht nur erwähnt zu werden, daß diese Charakteristika der Nazis völlig zutreffend ist auch für die sächsischen Nazis, die sogar ihren „Sächsischen Beobachter“ in Berlin-Nord schreiben lassen.

Die Macdonald-Regierung ließ 2 Krader zum Tode und je 34 000 RM Geldstrafe verurteilen.

Die Warthauer Presse erklärt, durch die Jollerhöfungen Deutschlands seien die Gewerkschaften zerfallen und der Protest wird aufrechterhalten.

Henry Ford hat Junfers Flugzeug-Katzen gekauft. Jetzt wird das Gericht entscheiden über diesen Streik, da eine Einigung nicht zustande kam. Der Imperialismus hat sich natürlich über seine eigenen Gesetze hinweg.